

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR AUSLÄNDISCHES
ÖFFENTLICHES RECHT UND VÖLKERRECHT

Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht

53

Die Europäische Menschenrechtsordnung

Individualrechte, Staatenverpflichtungen und ordre public
nach der Europäischen Menschenrechtskonvention

von

HANNFRIED WALTER



1970

CARL HEYMANNS VERLAG KG

Köln • Berlin

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	IX
-----------------------------	----

ERSTER TEIL : DIE RECHTE DES EINZELNEN

1. Abschnitt : Begriffliche Voraussetzungen	2
§ 1 Vorbemerkung	2
§ 2 Völkerrecht	3
§ 3 Völkerrechtssubjekt	4
§ 4 Völkerrechtsfähigkeit	8
2. Abschnitt : Bedeutung und Rahmen einer völkerrechtsunmittelbaren Rechtsstellung des Einzelnen	11
§ 5 Begriff der völkerrechtsunmittelbaren Rechtsstellung des Einzelnen	11
§ 6 Überlegungen zur praktischen Bedeutung einer völkerrechtsunmittelbaren Rechtsstellung des Einzelnen	13
§ 7 Völkerrechtsunmittelbare Rechte des Einzelnen in der innerstaatlichen Rechtsordnung?	16
3. Abschnitt : Die Völkerrechtsunmittelbarkeit der Rechte des Einzelnen	23
§ 8 Allgemeines zur Fragestellung	23
§ 9 Die Auslegung des Artikels 1 MRK nach seinem Wortlaut	25
§ 10 Die Entstehungsgeschichte des Artikels 1 MRK	29
§ 11 Die Bedeutung des Artikels 25 MRK für die Begründung völkerrechtlicher Rechte des Einzelnen	31
§ 12 Der Entstehungszeitpunkt der Rechte des Einzelnen	38
4. Abschnitt : Die hoheitsrechtliche Natur des Völkerrechtsverhältnisses zwischen Staat und Einzelperson	41
§ 13 Die völkerrechtliche Stellung des Einzelnen auf der Grundlage der gegebenen Begriffsbestimmungen	41
§ 14 Das hoheitsrechtliche Völkerrechtsverhältnis	42
I. Völkerrecht als Koordinationsordnung	42
II. Die Parallelverschiebung innerstaatlicher Subordinationsbeziehungen ins Völkerrecht	43
III. Hoheitsrechtliches Völkerrechtsverhältnis und Staatensouveränität	45

ZWEITER TEIL : DIE STAATENVERPFLICHTUNGEN

5. Abschnitt : Die Frage nach der Rechtsnatur der staatlichen Vertragsverbindlichkeiten	48
§ 15 »Gegenseitigkeitstheorie« und »objektive Verpflichtungstheorie«	48
§ 16 Die praktischen Auswirkungen der objektiven Verpflichtungstheorie im Pfunders-Fall	52
6. Abschnitt : Voraussetzungen der objektiven Verpflichtungstheorie	55
§ 17 Zum Begriff der objektiven Staatenverpflichtung	55
§ 18 Die öffentliche Gemeinschaftsordnung (ordre public)	56
I. Begriff	56
II. Die Vereinbarkeit gegenseitiger Staatenrechte mit einer öffentlichen Gemeinschaftsordnung	57
§ 19 Die Unauflösbarkeit der MRK in subjektive Rechtsbeziehungen zwischen Vertragsstaaten und Einzelpersonen	58
§ 20 Folgerungen aus der Zuerkennung der Individualrechte auf die Rechtsnatur der Staatenverpflichtungen	61
7. Abschnitt : Verfahrensrechtliche Kritik der objektiven Verpflichtungstheorie	63
§ 21 Die Frage nach der verfahrensrechtlichen Stellung der Staaten	63
§ 22 Die Staatenbeschwerde – eine actio publica?	63
§ 23 Exkurs: Der Individualbeschwerdeführer als Vertreter des öffentlichen Interesses?	64
§ 24 Einwände gegen die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses durch die Staaten	66
I. Die Verpflichtung der Staaten gegenüber dem nationalen öffentlichen Interesse	67
II. Die Notwendigkeit einheitlicher Beurteilung des öffentlichen Interesses	70
III. Die Identität der Rechtsverfolger mit den Rechtsbrechern	71
IV. Das fehlende Amt	73
V. Die fehlende Pflicht zur Verfahrenseinleitung	74
VI. Die Unvereinbarkeit der Parteistellung der Staaten im Verfahren mit der Wahrnehmung des öffentlichen Interesses	75
§ 25 Die Staatenbeschwerde – eine actio popularis?	79
8. Abschnitt : Die Gegenseitigkeit der staatlichen Rechte und Pflichten	83
§ 26 Staatenrecht und Staateninteresse	83
§ 27 Die Ersetzung des diplomatischen Schutzes durch die kollektive Garantie	88

§ 28 Die kollektive Garantie als das prozessuale Gegenstück zu allseitig- gegenseitigen Staatenverpflichtungen	95
---	----

DRITTER TEIL : DIE ÖFFENTLICHE GEMEINSCHAFTS- ORDNUNG

9. Abschnitt : Der Ausdruck der öffentlichen Gemeinschaftsord- nung in den Bestimmungen der MRK

§ 29 Die Frage nach der öffentlichen Gemeinschaftsordnung unter Zu- grundelegung der Gegenseitigkeitstheorie	99
§ 30 Der Vorspruch zur MRK und die Zielsetzung des Europarats ..	100
§ 31 Die inhaltlichen Schranken der Verfahrensbeendigung durch Vergleich.....	103
§ 32 Die Beschränkung der durch die MRK begründeten staatlichen und individuellen Rechte im Interesse der Erhaltung der öffent- lichen Gemeinschaftsordnung	105
§ 33 Die Auskunftsbefugnis des Generalsekretärs des Europarats als Einrichtung zur Durchsetzung der öffentlichen Gemeinschafts- ordnung	107

10. Abschnitt : Das öffentliche Interesse im Verfahren der Kommis- sion und des Gerichtshofs

§ 34 Subjektive Rechtsstellungen und öffentliche Gemeinschaftsord- nung im Verfahren	108
§ 35 Beispiele	111
I. Die Sachverhaltsaufklärung von Amts wegen	112
II. Die Verfahrensfortsetzung von Amts wegen	113
III. Die Stellung der Kommission im Verfahren vor dem Gerichts- hof	117

11. Abschnitt : Der Rahmen für die Berücksichtigung des öffent- lichen Interesses im Verfahren

§ 36 Die Unergiebigkeit des Artikels 19 MRK	118
§ 37 Der Beurteilungsspielraum für die Berücksichtigung des öffent- lichen Interesses im Verfahren	122
I. Das Mindestmaß von der MRK vorgeschriebener Parteiherr- schaft	123
II. Das Mindestmaß der Beschränkung der Parteiherrschaft im öffentlichen Interesse	123
III. Das Handeln im öffentlichen Interesse zum Schutz der ver- fahrensfernen Partei	124
§ 38 Gesichtspunkte zur Ausfüllung des Beurteilungsspielraumes	128
I. Beschwerderücknahme	129
II. Sachverhaltsermittlung	130

III. Nichtkontradiktorische Verfahrensabschnitte	131
IV. Verfahrensbeteiligung der Kommission vor dem Gerichtshof	132
§ 39 Die Kompetenz der Kommission und des Gerichtshofs zur Bildung verfahrensrechtlicher Grundsätze	135
Zusammenfassung in Leitsätzen	137
Schrifttumsverzeichnis	145